

Eine Lotterie entscheidet über die Zukunft der unzufriedenen Taxifahrer

TAXILIZENZEN Nach dem Scheitern der Taxiverordnung gibt die Stadt die Bewilligungen wieder frei. Am 8. Juni verlost die Polizei unter Ausschluss der Öffentlichkeit sechs der begehrten A-Konzessionen. Die Bewerber stehen Schlange.

Sechs Jahre sind vergangen, seit eine kleine Gruppe von Taxifahrern ihrem Ärger vor dem Stadthaus Luft machte und mit einem Hungerstreik drohte. Seither ist der Protest leiser geworden. Die Situation aber hat sich nicht verbessert. Im Winterthurer Taxiwesen herrscht noch immer eine Zweiklassengesellschaft: mit A-Konzessionären, die Kunden auf den Halteplätzen am Bahnhof mitnehmen können, und B-Konzessionären, denen die lukrativen Halteplätze verwehrt bleiben.

Die unterprivilegierte Kaste der Fahrer drängt schon lange auf gleich lange Spiesse. Eigentlich hätte eine neue Taxiverordnung die Marktöffnung bringen sollen. Doch sie wurde, obschon 2013 an der Urne gutgeheissen, nach dem erfolgreichen Rekurs des grössten Winterthurer Taxiunternehmers

Thomas Schönenberger zur Makulatur. Das Verwaltungsgericht hatte ihm in wichtigen Punkten recht gegeben. Dass der Kampf um einen fairen Taximarkt und ein zehnjähriger politischer Prozess nun in einer profanen Lotterie endet, entbehrt nicht der Ironie.

Sechs freie Konzessionen

Konkret wird die Stadt am 8. Juni unter allen Bewerbern sechs A-Konzessionen verlosen. Diese sind in den letzten Jahren freigeworden, weil ihre Halter aus dem Geschäft ausschieden. Die Stadt hielt die Bewilligungen zurück, mit Verweis auf die hängige Reform. Mit demselben Argument stellte sie seit 2010 auch keine B-Konzessionen mehr aus. Denn diese wären bei einer Umsetzung der neuen Verordnung in vollwertige Konzessionen umgewandelt

Dass ein zehnjähriger politischer Prozess in einer Lotterie endet, entbehrt nicht der Ironie.

worden. Die Stadt aber wollte über die Zahl der Bewilligungen die Kontrolle ausüben.

Nach dem Scheitern der Revision hat der Stadtrat die Taxipolitik auf Eis gelegt. Polizeivorsteherin Barbara Günthard (FDP) will das neue kantonale Taxigesetz abwarten. In der Zwischenzeit wird das alte Regime wieder in Kraft gesetzt. Auch B-Bewilligungen, deren Zahl nicht limitiert ist, will die Stadt wieder ausgeben.

Eine Glücksfee aus dem Korps

Das Prozedere der Verlosung der A-Konzessionen sieht wie folgt aus: Zugelassen zur Ziehung wird nur, wer sich beworben hat. Alle Namen der Anwärter kommen in einen Pott. Dass alles mit rechten Dingen zugeht, garantiert die Polizei. «Jemand vom Taxibüro, mein Stellvertreter und eine Glücksfee aus dem Korps werden dabei sein», sagt der zuständige Stadtpolizist Hans Lussi.

Diese Woche endet die Bewerbungsfrist. Die definitive Zahl der

Anträge ist noch nicht erhoben. Bis Mittwoch gingen 40 Bewerbungen ein – laut Lussi etwas weniger als erwartet. Auch Taxikönig Schönenberger ist unter den Bewerbern, wie dieser bestätigt. Er betreibt zwei Taxifirmen und hält 13 der derzeit 39 vergebenen A-Konzessionen.

Schönenberger kann laut Lussi insgesamt drei Bewerbungen einreichen, je eine für jede seiner Firmen plus eine auf seine Person. «Wenn ausserdem ein Familienmitglied die letzten zwei Jahre über im Taxiwesen tätig war, kann dieses eine vierte Bewerbung einreichen.» Dieselben Auflagen gelten auch für alle anderen.

Konzentration unerwünscht

Nach der Zulosung werden die Bewerber geprüft. Ein guter Leumund, eine weisse Weste als Verkehrsteilnehmer und zwei Jahre im Taxiwesen sind Pflicht. Ansonsten kommen Ersatzkandidaten zum Zug, die vorsorglich ebenfalls aus dem Pott gezogen wer-

den. Ein Auge will die Polizei vor allem darauf haben, was nach der Vergabe mit den Konzessionen passiert. In der Vergangenheit wurden einzelne Konzessionen auf zwei Nutzer gesplittet. Schied einer der beiden aus, ging die Lizenz auf den anderen über. «Eine solche Praxis werden wir künftig nicht mehr zulassen», sagt Lussi.

Juristisch kompliziert wird die Sache, wenn neue A-Lizenz-Inhaber sich an einer Firma als Teilhaber beteiligen. Die Polizei sehe eine weitere Konzentration der Konzessionen bei den grossen Taxiunternehmen eher kritisch, sagt Lussi. «Wir müssten in solchen Fällen prüfen, ob wir dem juristisch einen Riegel schieben können.» Bekommen im Winterthurer Taxiwesen langjährige B-Konzessionäre eine faire Chance? Oder bauen die grossen Unternehmen ihre Dominanz weiter aus? Das entscheidet weder die Exekutive, die Legislative noch die Judikative, sondern Fortuna. *Marc Leutenegger*

«Ich bleibe zum Trotz Muslima»

STADTALK Die gläubige Muslima und Lehrerin Jasmin El-Sonbati kämpft für einen Islam, in dem Frauen gleiche Rechte wie Männer haben. Im StadTalk verurteilte sie zwar Dispensen für Schwimmkurse, einem «Lies!»-Verbot steht sie trotzdem kritisch gegenüber.

Jasmin El-Sonbati wagte den Tabubruch: Sie organisiert Gebete, bei denen Männer und Frauen zusammen beten. Ein Affront für viele konservative Muslime. Umso mehr, weil eine Frau das Gebet leitet. Am Donnerstagabend kam die Basler Gymnasiallehrerin und Mitgründerin des Forums für einen fortschrittlichen Islam auf Einladung des StadTalks nach Winterthur.

Keine Ausnahmen für Kinder von konservativen Eltern

Auch wenn sich El-Sonbati als Vertreterin eines modernen und liberalen Islams versteht, zielte Moderator Michael Zollinger mit einigen Fragen dennoch auf die Probleme ab, die der Gesellschaft im Umgang mit ultrakonservativen Muslimen begegnen: Dispensen von Schullagern oder Schwimmkursen, verweigerte Handschläge, sechsjährige Mädchen, die mit Kopftuch in den Kindergarten gehen müssen.

El-Sonbati warnte vor einer «falsch verstandenen Toleranz»: Die Schule habe einen klaren integrativen Auftrag. «Es kann nicht sein, dass Kinder ausgeschlossen werden, dass sie auf Bildungschancen verzichten müssen.» Wichtig sei aber auch, respektvoll nachzufragen, wieso etwa ein Handschlag verweigert werde. «Denn auch in muslimischen Ländern geben sich Männer und Frauen die Hand.» Ausser in konservativen Kreisen – das sei aber bei Juden auch nicht anders.

Progressive Muslime uneins über «Lies!»-Verbot

Klare Worte fand El-Sonbati bei Fragen im Schulkontext, schwammig wurde sie jedoch, wenn es um Organisationen ging, die im Zusammenhang mit Jihad-Reisenden stehen. Hier scheinen die progressiven Muslime aus dem Umfeld des Forums



«Religion ist Privatsache», findet Jasmin El-Sonbati. Die Mitgründerin des Forums für einen fortschrittlichen Islam war zu Gast im StadTalk. *Barbara Truninger*

für einen fortschrittlichen Islam genau so gespalten zu sein wie die Mehrheitsgesellschaft. Während Präsidentin Saïda Keller-Messahli schon mehrmals geäussert hat, sie sei für ein Verbot der «Lies!»-Koranvertellaktion sowie für die Schliessung der An'Nur-Moschee, sagte Jasmin El-Sonbati im StadTalk: «Wenn ganz klare Beweise vorliegen, müsste man die Moschee schliessen.» Und zu «Lies!»: «Ich würde die Aktion am liebsten verbieten, weiss aber nicht, ob das der demokratische Weg ist.» Sie finde es zwar richtig, dass Regierungsrat Mario Fehr auf die Gefahren aufmerksam mache, wichtiger sei jedoch eine kritische öffentliche Debatte über Islamismus und Salafismus – beides Strömungen, welche die Religion zum alles bestimmenden Faktor im politi-

schen und sozialen Leben erhöhen. Für El-Sonbati ist jedoch klar: «Religion ist Privatsache.»

Die Re-Islamisierung der ägyptischen Gesellschaft

Mit diesem Religionsverständnis ist die Tochter eines ägyptischen Muslims und einer österreichischen Katholikin im Kairo der 60er-Jahre aufgewachsen. Ihre Eltern seien «nicht wahnsinnig praktizierend» gewesen, hätten sowohl christliche wie auch muslimische Feiertage begangen. El-Sonbati ist ohne Kopftuch aufgewachsen. Das sei in Ägypten erst in den 70er-Jahren zu einem religiösen Accessoire geworden. «Meine Cousinen tragen ein Kopftuch, ihre Mütter trugen es noch nicht.» Einen Grund für die Re-Islamisierung der ägyptischen Gesellschaft sieht sie in

der Politik des ehemaligen Präsidenten Anwar al-Sadat: «Er wollte die Linke in Schach halten, indem er die religiöse Rechte stützte.» Deshalb habe er auch die islamistischen Muslimbrüder amnestiert, die sein Vorgänger inhaftiert hatte. Einen zweiten Grund sieht El-Sonbati bei den vielen Ägyptern, die als Gastarbeiter in die Golfstaaten reisen und danach die dortige Lesart des Korans in ihre Heimat mitbringen.

Wieso sie sich denn überhaupt für den Islam entschieden habe, wenn sie doch als Kind eines gemischtreligiösen Ehepaars aufgewachsen sei, wollte ein Herr aus dem Publikum wissen. «Das war keine bewusste Wahl», antwortete El-Sonbati. Es sei für beide Elternteile klar gewesen, dass der Vater die Religionszuge-

hörigkeit vererbe. «Heute bleibe ich zum Trotz Muslima. Ich möchte etwas verändern, und das kann ich nur von innen.»

Manuel Frick

«Meine Cousinen tragen ein Kopftuch, ihre Mütter trugen es noch nicht.»

Jasmin El-Sonbati, Lehrerin und Mitgründerin des Forums für einen fortschrittlichen Islam

Eine Million über Budget

KATHOLIKEN Die Römisch-katholische Kirchgemeinde Winterthur schliesst die Jahresrechnung 2016 laut Mitteilung mit einem Ertragsüberschuss von gut einer Million Franken ab. Der gesamte Aufwand betrug 15, der Ertrag 16 Millionen Franken. Die Differenz komme in erster Linie daher, dass 766 000 Franken Steuereinnahmen aus früheren Jahren zu Buche schlugen. Zudem fiel der kirchliche Finanzausgleich (der Normaufwandausgleich) 245 000 Franken höher aus. Weil man im Budget mit einem kleinen Defizit gerechnet hatte, waren auch Einsparungen vorgenommen worden, die sich positiv aufs Ergebnis auswirkten.

Die Katholische Kirchgemeinde teilt zudem mit, dass im letzten Jahr 402 000 Franken für Entwicklungshilfe ausgegeben wurde, wovon drei Viertel an Projekte im Ausland. Die inländischen Projekte waren mehrheitlich in Winterthur und Region.

Die Jahresrechnung wird am 6. Juni im Pfarreiheim St. Peter und Paul der Kirchgemeindeversammlung vorgelegt. Dort wird auch ein Ersatzmitglied für die Kirchenpflege gewählt. *mgm*

ANZEIGE

In Zukunft setzen sich Spitäler durch, die innovativ sind und flexibel handeln können.

Abstimmung 21. Mai 2017

JA zur Verselbstständigung des Kantonsspitals Winterthur

Nordstrasse 15, 8006 Zürich

vzk verband zürcher krankenhäuser